

Beschluss des Landrats vom 18.11.2021

Nr. 1238

25. Erreichen wir die Migranten in der Corona-Krise?

2021/137; Protokoll: pw

Kommissionspräsident **Christof Hiltmann** (FDP) führt aus, im März 2021 habe die SVP-Fraktion das Postulat «Erreichen wir die Migranten in der Corona-Krise?» eingereicht. Hintergrund ist die vom Regierungsrat im Rahmen der gleichnamigen Interpellation gemachte Feststellung, dass im Kanton Basel-Landschaft eine überproportional hohe Anzahl Migrantinnen und Migranten von Covid-19 betroffen beziehungsweise aus diesem Grund hospitalisiert sei. Das Postulat forderte den Regierungsrat dazu auf, in der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) darauf hinzuwirken, dass die Kantone entsprechende Spital-Daten auswerten und veröffentlichen dürfen. Damit soll eine Grundlage für geeignete, zielgerichtete Massnahmen geschaffen werden.

Die GDK verdeutlichte in ihrer Antwort auf eine entsprechende Anfrage, dass sich das Bundesamt für Gesundheit (BAG) im Zusammenhang mit Covid-19 auf verschiedene Weise dafür einsetze, auch die Migrationsbevölkerung via diverse Kanäle zu erreichen. Die Erhebung sozioökonomischer und soziokultureller Daten der Patientenschaft würde die Spitäler jedoch mit erheblichem Aufwand belasten und wäre mit offenen Rechtsfragen verbunden.

Auf kantonaler Ebene ergab die Auswertung von Daten des Kantonalen Personenregisters, dass durch die Lockerungen im Reiseverkehr der Anteil an Personen, welcher sich im Ausland infiziert hat, von unter 1 % im März auf 10 % im Juli 2021 markant angestiegen ist. Der Regierungsrat kommt zum Schluss, dass das Infektionsgeschehen ab Juli 2021 zunehmend beeinflusst wurde durch das Einbringen von Fällen aus dem Ausland. Die höchsten Inzidenzraten verzeichnen die Regionen Zentral- und Ostafrika sowie Südosteuropa. Am stärksten betroffen ist die Gruppe der Asylsuchenden, gefolgt von Kurzaufenthaltern.

Zur Frage nach den Gründen für das je nach Herkunft gehäufte Auftreten einer Corona-Infektion konnte gezeigt werden, dass Personen, welche in Quartieren mit einer tiefen sozioökonomischen Position leben, häufiger positiv auf SARS-CoV-2 getestet werden. Dies hat einerseits damit zu tun, dass diese Personen eher in Branchen tätig sind, in denen die Arbeit nicht von zu Hause aus erledigt werden kann. Des Weiteren leben sie häufiger in beengten Wohnverhältnissen, was die Verbreitung des Virus innerhalb der Familie erleichtert. Andererseits ist die Durchimpfungsrate bei den unter 65-Jährigen über alle Regionen hinweg zu tief. Auf das jeweilige Geburtsland bezogen stammen die meisten ungeimpften Personen aus der Schweiz (etwa 70 %), gefolgt von Zentraleuropa, Südosteuropa und Südeuropa. Allfällige Massnahmen zur Erhöhung der Durchimpfungsrate sollten gemäss Regierungsrat daher diese Personengruppen adressieren, insbesondere die unter 40-Jährigen.

Insgesamt kommt der Regierungsrat zum Schluss, dass die Herkunft der Personen kein wesentlich höheres Risiko für eine Hospitalisation im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung darstellt. Bedeutender sind ein tieferer sozioökonomischer Status und die Frage, wie hoch das Durchschnittsalter innerhalb einer bestimmten Bevölkerungsgruppe ist. Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, das Postulat abzuschreiben. Für Details wird auf die Vorlage verwiesen.

Die Kommission behandelte die Vorlage an ihrer Sitzung vom 29. Oktober 2021. Eintreten war unbestritten.

In der Kommission überwog die Meinung, dass der Bericht zum Postulat interessante Daten zu einem wichtigen Thema geliefert habe. Die Mehrheit fand, dass der Zusammenhang zwischen demographischen sowie sozialen Faktoren und dem Infektionsgeschehen schlüssig aufgezeigt werden konnte, während eine Minderheit die Frage der Herkunft nach wie vor für wesentlich hielt. Ein Mitglied beurteilte das Postulat als politisch motiviert und wies darauf hin, dass man die ge-

schilderten Zusammenhänge mit Blick auf wissenschaftliche Daten schon vorher hätte erkennen können. Entscheidend sei nicht der Migrationshintergrund, sondern ob die betreffenden Personen einen durchschnittlich tieferen sozioökonomischen Status hätten. Ein anderes Kommissionsmitglied fasste die Erkenntnisse so zusammen, dass das Hauptproblem in absoluten Zahlen gesehen nicht Migrantinnen und Migranten, sondern ungeimpfte Schweizerinnen und Schweizer seien. Eine Minderheit der Kommission wehrte sich dagegen, die kulturellen Faktoren ausser Acht zu lassen. Dass Menschen mit Migrationshintergrund überproportional häufig hospitalisiert und auf der Intensivstation gepflegt wurden, sei für jene, die sich korrekt verhielten, angesichts der einschneidenden Massnahmen sehr störend. Deshalb sei man der Bevölkerung eine öffentliche Diskussion darüber schuldig.

Ein spezielles Augenmerk galt der Impfquote im Kanton. Auch hier lassen sich herkunftsspezifische Unterschiede beobachten. Da in allen Altersgruppen ausser derjenigen über 65 Jahre die vom BAG angestrebte Durchimpfungsrate von 70–80 % nicht erreicht wird, unternahm und unternimmt der Kanton Anstrengungen, sie zu erhöhen. Geplante und durchgeführte Massnahmen sind unter anderen: niederschwellige «Walk-In-Angebote» in den Impfzentren, Informationsstände und aufsuchende Informations-Teams an Ballungsorten, Zusammenarbeit mit Verbänden insbesondere der muslimischen Gemeinschaften, Infoabende in Betrieben und Schulen, Impfungen vor Ort. Die Aufmerksamkeit wird dabei vorab auf Menschen Schweizer Herkunft sowie der Regionen Zentral-, Südost- und Südeuropa gelegt, die zusammen den mit Abstand grössten Anteil an der Bevölkerung stellen.

Ein Kommissionsmitglied verdeutlichte die Wichtigkeit von Massnahmen zur Erhöhung der Impfquote im Kanton. Es wäre im Rahmen des Postulats spannend gewesen zu erfahren, ob der bisher eingeschlagene Weg bereits Erfolge zeige und sich sagen lasse, ob man auf dem richtigen Weg ist, um die Impfunwilligen aller Gruppen zu erreichen.

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission beantragt dem Landrat mit 10:1 Stimmen bei 2 Enthaltungen Abschreibung des Postulats.

– *Eintretensdebatte*

Markus Graf (SVP) nimmt an, dass alle das Bild mit den drei Affen kennen: Der eine hält sich den Mund zu, weil er Angst hat, etwas Unangenehmes auszusprechen, der andere hält sich die Ohren zu, weil er nichts hören will, und der dritte schliesst die Augen, weil er nicht mitbekommen will, was auf der Welt so abläuft. Die drei Affen kommen ihm in den Sinn, wenn er an die Debatte bei der Überweisung des Vorstosses oder an die Kommissionsdiskussion zurückdenkt. Unangenehme Dinge auszusprechen, ist nicht einfach. Es braucht Mut, gerade wenn es um das Thema Migration geht. Und wenn dann noch die SVP das Thema Migration anspricht, wird von linker Seite immer sehr einfach und pauschal argumentiert und die Partei wird kurzerhand in die rechtsextreme Ecke gestellt. Für die Linken ist damit die Diskussion beendet. Migration im Zusammenhang mit der Corona-Krise wurde zuerst in der Schweiz und anschliessend in ganz Europa zum Thema und so einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Es wurde darüber geredet und auch viel geschrieben. Und so auch im nun vorliegenden Bericht des Regierungsrats, der klar aufzeigt, dass die Wohn- und Arbeitsverhältnisse entscheidend sind und das Ansteckungsrisiko erhöhen können. «Es schleckt keine Geiss weg», dass Reiserückkehrer unter anderen die Treiber der Krise sind. Es fällt auf, dass sich Reiserückkehrer – auch Schweizer – aus dem südeuropäischen Raum überproportional stark angesteckt und so das Gesundheitswesen stark belastet haben. Das hat viele Leute «hässig» gemacht. Vor allem letzte Weihnachten, als von Herr und Frau Schweizer verlangt wurde, nur zu fünft Weihnachten zu feiern. Während sich die Schweizer eingeschränkt haben, sind allein ab Basel täglich über 20 Flugzeuge in den osteuropäischen Raum geflogen. Und dank den sozialen Medien konnte man verfolgen, wie dort mit den Kontaktbeschränkungen umgegangen wurde. Von der viel beschworenen Gemeinschaft und einem verantwortungsvollen Umgang mit

dem Schweizer Gastgeberland, von dem man aktuell in jedem Leserbrief von linker Seite lesen kann, war man teilweise bei gewissen Personen weit weg und ist es leider immer noch. Die Fraktion dankt der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) für den ausführlichen Bericht und das umfangreiche Datenmaterial, das nun mit einer Abschreibung nicht einfach verschwinden soll. Denn die Daten können auch künftig helfen, Probleme anzugehen und zu lösen. Es wird noch einiges auf uns zukommen. Die Frage, ob Migranten generell erreicht werden, muss man sich weiter und in allen Bereichen stellen. Sei es in der Bildung, im Gesundheitswesen, im Alter oder allgemein hinsichtlich des Themas von Parallelgesellschaften, damit dieses nicht das gleiche Ausmass annimmt, wie teilweise in den europäischen Nachbarländern. Sich Problemen zu verschliessen, weil sie einfach gerade ideologisch nicht in den Kram passen, ist falsch. Markus Graf erinnert dies ans Orchester auf der Titanic, das grandios weiterspielt, obwohl das Schiff am Untergehen ist. Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Stehenlassen des wichtigen und aktuellen Postulats, denn auf dem gesammelten Datenmaterial lässt sich aufbauen.

Für **Simone Abt** (SP) war Markus Grafs Votum etwas schwierig zum Zuhören und Aushalten. Denn, wenn man aktuell vom Ausland her auf die Schweiz blickt, erhält man einen ähnlichen Eindruck, wie jenen, den die Schweiz hatte, als sie damals auf Osteuropa blickte. Momentan haben Länder die Schweiz auf Stufe 4 der gefährlichen Reiseländer gesetzt. Die Situation nach den Sommerferien war natürlich nicht schön, viele Personen sind in den Spitälern gelandet, aber es war eine Momentaufnahme. Bereits damals hat man gesehen, dass es Länder gibt, in denen der Schutz deutlich besser wahrgenommen wird als in der Schweiz, und Länder, in denen er noch schlechter wahrgenommen wird. In die letztere Kategorie sind dann eben insbesondere die südosteuropäischen Länder gefallen. Zurzeit liegen Schweizer Personen im Spital und nicht Migranten. Die Frage ist im Moment nicht, ob wir die Migranten erreichen. Vielmehr lautet die Frage, ob wir unsere Freiheitstrychler erreichen, ob wir unsere Bevölkerung erreichen oder ob wir unsere Bevölkerung auf dem Land erreichen. Oder ob mehr «Freiheitsimpfpler» Plakate aufgehängt werden sollten, um mit ein bisschen Humor die frustrierte Durchschnittsbevölkerung etwas aufzuheitern.

Die SP-Fraktion ist selbstverständlich für Abschreiben des gut abgehandelten Postulats. Und vielen Dank an Christof Hiltmann für die ausgezeichnete Berichterstattung.

Rahel Bänziger (Grüne) schaut nicht das Bild der drei Affen an, sondern das Bild der Statistik. Die Statistik ist im Auftrag des Postulats erstellt worden. Das Problem ist, dass die SVP-Fraktion nun ihrerseits die Augen öffnen und die Statistik betrachten müsste, statt wie die drei Affen dazusitzen und sich die Augen zuzuhalten. Der Regierungsrat hat den Auftrag des SVP-Postulats erfüllt und eine Statistik erstellt. Nun sieht es danach aus, als ob die Statistik eben nicht genau dasjenige aussagt, was die SVP gerne gehabt hätte.

Zu den Reiserückkehrern: Es leben gar nicht so viele Migranten aus den südosteuropäischen Ländern in der Schweiz. Vielmehr waren die Reiserückkehrer, die zu höheren Inzidenzen beigetragen hatten, Schweizer. Es stimmt, die Flugzeuge sind gut gefüllt geflogen, aber vor allem auch mit Schweizern an Board.

Wie gesagt: Die Statistik zeigt nun halt nicht das, was die SVP gerne gehabt hätte. Das kann mal passieren. Die Statistik zeigt aber klar, dass der sozioökonomische Status für die Schwere der Infektionen verantwortlich ist und nicht der Migrationshintergrund. Rahel Bänziger zieht – mit geöffneten Augen – folgendes Fazit aus der Statistik: Das Problem sind die ungeimpften Schweizer und wenn es den Migranten finanziell besser ginge, ginge es ihnen besser, weil sie nämlich das gleiche Risiko hinsichtlich Corona hätten wie die Schweizer Bevölkerung. Zu einem anderen Schluss kann man eigentlich nicht kommen – ausser man hält die Augen geschlossen. Ein Dank an die VGD für die Erarbeitung der Statistik, die sehr gut ist.

Christina Jeanneret-Gris (FDP) findet den Bericht ausgezeichnet und hat ihn mit Interesse gelesen. Es wird ersichtlich, dass die Impfquote bei den Personen aus Südosteuropa und Südeuropa tatsächlich tiefer ist als bei den Schweizerinnen und Schweizern. Weiter wird gezeigt, dass die soziokulturelle Situation ein Faktor für die vermehrten Ansteckungen ist. Dies kann unmittelbar nicht geändert werden. Aber die Impfquote kann geändert werden. Der Kanton hat aus Sicht von Christina Jeanneret-Gris alles gemacht, um diesen Personen gute Impfangebote zu machen. Wenn nun die SVP mit gutem Beispiel vorangeht und für die Impfkampagne oder sogar fürs Covid-19-Gesetz votiert, könnte vielleicht auch noch ein Anstieg in der angesprochenen Bevölkerungsgruppe erwartet werden. Die FDP-Fraktion ist für Abschreiben.

Marc Scherrer (CVP) findet das Postulat gut, denn das Thema hatte beschäftigt. Entsprechend war folgerichtig, ein Postulat zum Thema einzureichen. Er unterstellt der SVP auch nicht, damit primär irgendwelche Ausländerfragen thematisieren zu wollen. Anders als für Rahel Bänziger zeigt für ihn die Analyse unter anderem, dass Personen, die im Ausland geboren wurden, eine höhere Inzidenzrate haben und häufiger im Spital behandelt werden mussten. Die Frage ist nun, was damit gemacht wird und ob deshalb eine Ausländerdiskussion geführt werden soll. Die CVP/glp-Fraktion ist ganz klar der Meinung, dies sei nicht der richtige Aufhänger, und möchte auch keine solche führen. Mit den Erklärungen in einfacher Sprache auf der Webseite des BAG und den durchgeführten Kampagnen, um spezifisch im Ausland geborene Personen zu erreichen, wurde aus Sicht der CVP/glp-Fraktion genügend gemacht, um das Postulat mit gutem Gewissen abschreiben zu können.

Reto Tschudin (SVP) sagt, es sei immer so eine Sache, was aus einer Statistik gelesen werde. Die SVP hat schon relativ früh das Problem erkannt respektive hatte das Gefühl, sie erkenne es, und hat in der Folge das Postulat eingereicht. Der Regierungsrat hat eine sehr gute Analyse vorgelegt. Eigentlich wollte Reto Tschudin aus der Analyse vorlesen, um aufzuzeigen, dass Rahel Bänziger nicht ganz recht hat. Marc Scherrer hat die Richtigstellung vorhin aber bereits übernommen. Aus der Analyse kann Verschiedenes abgeleitet ist. Der Punkt ist, dass alle möglichst aus der Krise herauswollen. Nun sitzt man aber schon wieder mit Schutzmasken im Saal, obwohl man diese eigentlich nicht mehr tragen müsste. Aber die fünfte Welle kommt und alle wissen, dass es nicht besser wird. Um aus der Krise herauszukommen, sollte das Monitoring unbedingt weitergeführt werden. Deshalb soll das Postulat auch nicht abgeschrieben werden, um weiterhin sehen zu können, wo die Problemgruppen sind – egal ob Ausländer oder nicht – und wo vertiefter Bedarf besteht, um besondere Massnahmen aufzugleisen.

Peter Riebli (SVP) verweist auf die Voten der beiden Vorredner, in denen bereits etliche Punkte erwähnt wurden. Zusätzlich möchte er noch Folgendes sagen: An die Adresse von Rahel Bänziger: «Traue keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast.» Das ist ein alter Wahlspruch, den man mitbekommen haben sollte, wenn man mal Wissenschaft studiert hat. Reto Tschudin hat gesagt, man könne aus der Statistik sehr viel herauslesen. «Es schleckt keine Geiss weg», dass im Ausland Geborene prozentual häufiger infiziert wurden als Schweizer. Wenn man jetzt noch davon ausgeht, dass nicht nur die im Ausland Geborenen Migranten sind, sondern auch die erste Generation der in der Schweiz Geborenen, dann würde die Statistik vielleicht noch etwas anders aussehen. Wenn man zusätzlich davon ausgeht, dass die VGD die Statistik noch etwas weitergeführt hätte und die Erhebung nicht im Mai beendet hätte – bevor im Juli die grosse Rückreisewelle auftrat, die sehr viele Infizierte in die Schweiz zurückgebracht hat –, würde die Statistik vielleicht noch etwas anders aussehen. Der SVP geht es gar nicht darum, irgendwelche Zahlen zu «challengen». Die Statistik zeigt auf, was die SVP gesagt hat. Eine Kausalität zwischen den sozioökonomischen Faktoren und der sogenannten Infektion von Ausländern ist in dieser halben Doktorarbeit, die dem Regierungsrat sehr herzlich verdankt sei, absolut nicht gegeben. Es besteht keine

Kausalität. Peter Riebli möchte auch Christina Jeanneret-Gris korrigieren: Soziokulturelle Faktoren wurden in der Studie nicht betrachtet, sondern lediglich sozioökonomische. Es wurde lediglich erwähnt, dass eine Betrachtung der soziokulturellen Faktoren schwierig wäre. Würden jedoch die soziokulturellen Faktoren miteinbezogen – z. B. die nicht wertende Beobachtung, dass eine Familie an Weihnachten nicht zu fünft, sondern zu fünfzigst zusammenkommt –, würden die Ergebnisse vielleicht auch nochmals etwas anders aussehen. Dem Regierungsrat sei erneut gedankt für den ausführlichen Bericht. Es liegt sehr viel Zahlenmaterial vor, mit dem sich in der vierten, fünften, sechsten, siebten Welle irgendetwas machen lässt, indem man gezielt auf Personen mit einem grösseren Infektionsrisiko zugehen kann. Die SVP befürchtet, dass dies mit einer Abschreibung einfach erledigt wäre. Die Zahlen sollen weiterhin erfasst und es soll weiterhin geschaut werden, ob alle betroffenen Gruppen erreicht werden und was dafür getan werden kann, um sie besser zu erreichen. Die hervorragende Arbeit soll in Zukunft weitergeführt werden. Es gibt zwar keinen Grund, nochmals zum Postulat zu berichten, aber es gibt massenhaft Gründe, die Zahlen weiterhin zusammenzutragen, zu gewichten und darauf basierend Massnahmen zu ergreifen.

Marco Agostini (Grüne) hat aus der Diskussion drei Dinge gelernt: Dass alle in seiner Ratshälfte Affen sind, dass die SVP-Mitglieder in der gegenüberliegenden Saalhälfte die guten Schweizerinnen und Schweizer sind und dass man sich drittens mitten im Wahlkampf befindet.

Marc Schinzel (FDP) weist auf die Einigkeit darüber hin, dass der Bericht des Regierungsrats zum Postulat ausgezeichnet ist. Er enthält sehr interessantes und sorgfältig aufgearbeitetes Material. Die FDP-Fraktion hatte die Überweisung des Postulats unterstützt, während andere «ums Verwürgen» gegen eine Überweisung waren und sich wie der Teufel gegen eine solche gewehrt hatten. Nun wurde heute aber auch von dieser Seite bestätigt, dass es sich um einen guten Bericht handelt. Auf der anderen Seite wundert sich Marc Schinzel aber auch, weshalb die SVP nun noch mehr möchte und gegen eine Abschreibung ist. Es wurde gut berichtet, es fand eine sorgfältige Auseinandersetzung mit der Thematik statt, das Zahlenmaterial wurde erhoben und es wurden viele Erkenntnisse gewonnen, die einen auch weiterbringen können. Die Zahlen und die Erkenntnisse können weiterverwendet werden und auch die Verwaltung wird ihre Schlüsse gezogen haben und ziehen. Der Auftrag des Postulats ist voll und ganz erfüllt, weshalb der Vorstoss abgeschrieben werden kann.

Rahel Bänziger (Grüne) stellt richtig, sie habe nicht gesagt, dass Personen mit Migrationshintergrund seltener infiziert seien. Sie habe nur einen «Gump» weitergemacht und nach den Gründen Ausschau gehalten. Die Gründe sind nämlich auch in der Statistik enthalten. Diesen «Gump» hätte sie in ihrem vorhergehenden Votum vielleicht besser erklären können. Es stimmt, Personen mit Migrationshintergrund sind häufiger infiziert. Dies sollte jedoch nicht nur aufs Herkunftsland reduziert werden, sondern die Gründe sollten erörtert werden. Die Statistik zeigt dabei ganz klar, dass der sozioökonomische Status einen Einfluss hat. Peter Riebli hat gesagt, eine Kausalität zwischen sozioökonomischem Status und der Inzidenz sei nicht gegeben. Dem widerspricht Rahel Bänziger. Die Statistik zeigt auf, weshalb etwas so ist, wie es ist. Dem Regierungsrat steht es frei, die Daten weiter zu erheben. Sind die Daten für ihn von Nutzen, dann kann er sie auch weiter erheben. Dafür muss das Postulat nicht stehengelassen werden. Die Grüne/EVP-Fraktion ist für Abschreiben.

Peter Riebli (SVP) hält fest, er habe nicht gesagt, es bestehe keine Kausalität. Er hat lediglich gesagt, eine Kausalität sei nicht bewiesen. Dies ist ein feiner Unterschied und er möchte doch Wert darauf legen, dass die semantischen Unterschiede differenziert werden und nicht verallgemeinert wird. Die SVP-Fraktion hat genau davor Angst, was Marc Schinzel gesagt hat. Dass man die Zahlen einfriert und irgendwann dann wieder sagt, da habe es doch mal etwas Interessantes

gegeben. Die Zahlen sollen weiter gesammelt werden – das Stehenlassen ist als Auftrag an den Regierungsrat zu verstehen, dies zu tun. Peter Riebli ist sich bewusst, dass der Regierungsrat dies auch in eigener Regie tun könnte. Mit dem Stehenlassen soll dem Anliegen einfach entsprechend Gewicht verliehen werden.

Mirjam Würth (SP) stellt fest, es sei wieder einmal eine interessante Diskussion geführt worden. Es sind sich alle einig, dass eine gute, sorgfältig aufgearbeitete Datenreihe vorliegt, aus der Vieles abgeleitet werden kann. Ob die Kausalität nun bewiesen oder nur supponiert ist, ist eigentlich egal. Man sieht ungefähr, wo das Ganze hingeht. Weshalb hatte sich die SP-Fraktion gegen eine Überweisung des Postulats gewehrt? Sie hatte Angst, dass die Ergebnisse politisch so umgemünzt werden, dass gesagt wird, die Ausländer würden sich nicht schützen, Feste mit 50 Personen feiern etc. Genau, das war nicht gewollt. Es ist nun aber okay. Die Daten liegen vor und es können objektive Schlüsse gezogen werden. Wie Rahel Bänziger erwähnt hat, ist es nicht das Herkunftsland, in dem eine Person oder deren Eltern geboren sind, sondern die sozioökonomischen Umstände, die einen grossen Einfluss haben.

Das Postulat ist mit der vorliegenden Datengrundlage sehr gut erfüllt. Mirjam Würth denkt auch nicht, dass der Regierungsrat nicht selber auf die Idee kommt, solche Dinge bei Bedarf weiterzuverfolgen. Dem indirekten Auftrag an den Regierungsrat über ein Stehenlassen des Postulats liegt die Annahme zugrunde, dass der Regierungsrat von sich aus, ohne Auftrag des Landrats überhaupt nichts macht. Das ist aber wirklich eine Unterstellung. Falls die SVP-Fraktion der Meinung ist, der Regierungsrat brauche eine solche Aufforderung, dann soll ein neuer Vorstoss eingereicht werden.

Peter Riebli habe ihr unterstellt, so **Christina Jeanneret-Gris** (FDP), sie habe nicht richtig gelesen. Die sozialen versus kulturellen Faktoren wurden sehr wohl untersucht. Was möchte die SVP-Fraktion mit den gesammelten Zahlen machen?

Marc Schinzel (FDP) stellt mit Genugtuung fest, dass Mirjam Würth indirekt einen Dank an die Adresse der FDP und der SVP für die damalige Überweisung ausgesprochen habe. So ist es zum guten Bericht mit der sorgfältigen Datenanalyse gekommen. Er schätzt dies sehr.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 63:20 Stimmen wird Postulat 2021/137 abgeschrieben.
